



Republik Österreich

DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0222) 531 15/0

DVR: 0000019

27. Jänner 1995

353.110/1-I/6/95

An den  
Präsidenten des Nationalrats  
Dr. Heinz FISCHER

XIX. GP-NR

94 / AB

1995 -01- 30

Parlament  
1017 W i e n

ZU

73 / J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Frischenschlager und Partner/innen haben am 30. November 1994 unter der Nr. 73/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Realisierung des Arbeitsübereinkommens gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Festigung der repräsentativen Demokratie unternehmen?
2. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie zur stärkeren Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse unternehmen?
3. Bis wann gedenken Sie, diese Maßnahmen umzusetzen?
4. Glauben Sie, daß die Abschaffung des Vizepräsidenten des Rechnungshofes zu einer Steigerung der Demokratie führt?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Bundesregierung bekennt sich zum System der repräsentativen Demokratie und zum Ausbau ihrer Einrichtungen und Instrumente.

- 2 -

Dieses Bekenntnis hat sich zuletzt auch in den Begleitgesetzen zum EU-Beitritt dokumentiert, die dem Nationalrat ein im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der EU besonders weitgehendes Mitwirkungsrecht einräumen.

Darüber hinaus ist der Ausbau der politischen Beteiligungsrechte im Rahmen der repräsentativen Demokratie ein prinzipielles Anliegen der Bundesregierung. Lediglich beispielhaft ist in diesem Zusammenhang auf die im Arbeitsübereinkommen der beiden Regierungsparteien vorgesehene Reform der gesetzlichen Interessenvertretungen hinzuweisen, wonach "in allen Kammern bis Ende 1996 eine Befragung aller Mitglieder durchgeführt wird".

Generell gesehen sind der Ausbau und die Festigung der repräsentativen Demokratie sowie der politischen Beteiligungsrechte permanente Prozesse, die der Fixierung eines zeitlichen Endpunkts ihrer Entwicklung nicht zugänglich sind.

Zu Frage 4:

Die Abschaffung der Funktion des Vizepräsidenten des Rechnungshofs vermag ich in keinem Zusammenhang mit demokratiepolitischen Entwicklungen zu sehen.

